

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 1, 9. Januar 2003

rechts

Einblicke

Denktage

Von Hans Koschnick

Bundespräsident Roman Herzog hat den 27. Januar als Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus eingeführt. Rituale und Symbole sind wichtig für den Umgang mit der Vergangenheit. Sie können Gedenken und Trauer Ausdruck geben und spürbar werden lassen. Ohne Bezug zur Gegenwart drohen sie aber, inhaltsleer und floskelhaft zu werden. Im Jahr 2003 gibt es einige Daten, die die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ – neben dem 8. Mai und dem 9. November – als Denktage hervorhebt. So der 30. Januar 1933, an dem Reichspräsident von Hindenburg die Regierungsmacht Adolf Hitler anvertraute. Der 70. Jahrestag des Reichstagsbrandes am 27. Februar 1933 markiert den unübersehbaren Beginn der Verfolgung politisch Andersdenkender. Am 1. April 1933 starteten SA und SS ihre Boykottaktionen gegen Geschäfte in jüdischem Besitz, die öffentliche Ausgrenzung von Juden begann. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften zerschlagen. War nicht der Ruf „Das war ein Vorspiel nur...“ ein deutliches Zeichen, was nach der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 folgte?

Dieses Kalendarium ließe sich über das Jahr fortsetzen. Nicht jeder dieser Tage kann allerdings gleichermaßen begangen werden. Aber es bieten sich für Initiativen vor Ort, in Betrieben, Schulen und Behörden Chancen, an Vergangenes zu erinnern und aktuelle Erscheinungen zu hinterfragen. So ist die Ausgrenzungsbereitschaft gegen soziale Randgruppen, „Andere“ und „Fremde“ in unserer Gesellschaft immer noch erschreckend weit verbreitet. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit bedeutet deshalb nicht nur, sich die Ereignisse lediglich noch einmal vor Augen zu führen oder sich mit einer „Moralkeule“ zu belasten. Sie bietet gerade für junge Menschen eine Chance, eigene Zugänge zu entwickeln und zu erfahren, dass dies auch Selbstbewusstsein stärkt. Nicht zu vergessen heißt auch, die demokratische Gegenwart und Zukunft zu stärken und für sie einzustehen.

Hans Koschnick ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie

Clinch in der Szene

Der führende Neonazi Christian Worch gerät bei manchen seiner Kameraden massiv unter Kritik.

Seite 3 ■

Politisches Einflussfeld

Die extreme Rechte versucht, die Anti-Globalisierungsbewegung zu infiltrieren.

Seite 4 ■

Deal mit den Behörden

Dem US-amerikanischen Rechtsextremisten David Duke wird vorgeworfen, Spendengelder in Spielbanken verprasst zu haben.

Seite 6 ■

Bedrückende Zustände

Auf knapp 20 Prozent beziffert der Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer das rechtspopulistische Potenzial in Deutschland.

Seite 8 ■

KZ zu verhökern

Für Schloss Lichtenburg in Sachsen-Anhalt, eines der ersten Konzentrationslager im NS-Staat, wird ein Investor gesucht.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöffler

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Jahr des Gedenkens**

In 2003 jähren sich zahlreiche Daten der jüngeren deutschen Geschichte.

Erinnerungstage sind fester Bestandteil jeder Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und gleichermaßen wichtig für die Zukunft, weil ohne Rückblick vor allem die jüngeren Generationen kaum begreifen können. Überzeugende Belege für diese These bietet das neue Jahr, in dem weite zeitliche Bögen geschlagen werden können.

Vor 70 Jahren, am 30. Januar 1933, begann in Deutschland der amtliche Naziterror mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Drei Wochen später, am 27. Februar, brannte in Berlin das Reichstagsgebäude. Für die Nazis bot sich die Gelegenheit, Jagd auf alle Linken und auf die Juden zu machen. Am 1. April wurden jüdische Geschäfte beschmiert und boykottiert. Am 27. Juli folgte durch das Reichskonkordat Frieden mit dem katholischen Klerus. Als Gegengeschenk hatten die deutschen Bischöfe am 28. März ihre Warnungen vor Hitler öffentlich zurückgenommen.

Geht man 65 Jahre zurück, stößt man gleichfalls auf historische Daten. Am 13. März 1938 lässt Hitler seine Truppen nach Österreich einmarschieren. Am 28. Oktober deportieren die Nazis 17 000 aus Polen stammende deutsche Juden an die polnische Westgrenze. Weil seine Eltern zu den Opfern gehören, verwundet Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris den Diplomaten Ernst von Rath tödlich. Die Nazis missbrauchen den Anschlag und organisieren zum 9./10. November die Reichspogromnacht. Die ungehemmte Verfolgung der Juden beginnt.

1943, also vor 60 Jahren, zeichnet sich am 21. Januar mit der Kapitulation in Stalingrad unübersehbar die deutsche Niederlage ab. Propagandaminister Goebbels versuchte zwar, am 18. Februar mit seiner Rede im Berliner Sportpalast die Bevölkerung nochmals zu fanatisieren, doch er verlängerte nur den Terror – vor allem gegen die Juden. Am 19. April 1943 erheben sich die auf engstem Raum zusammengepferchten Warschauer Juden gegen die Besatzer – ein Fanal, dem kurz danach Aufstände in den Vernichtungslagern Treblinka (2. August) und Sobibor (14. Oktober) folgen.

Nach der Kapitulation in Stalingrad gerät eine ganze deutsche Armee in sowjetische Gefangenschaft. Einige hundert Soldaten und Offiziere gründen am 12. Juli 1943 nahe Moskau das „Nationalkomitee Freies Deutschland“, das – ziemlich erfolglos – deutsche Soldaten auffordert, sich zu ergeben. Das war eines der Zeichen nach Stalingrad.

Ein weiteres wichtiges Datum: Am 8. September 1943 kapituliert mit Italien Deutschlands wichtigster europäischer Verbündeter und schließt sich den Westalliierten an. Es folgen am 6. Juni 1944 die Landung der Alliierten in der Normandie und am 12. Januar 1945 die sowjetische Großoffensive. Damit muss das Nazireich an drei Fronten kämpfen. Selbstverständlich sieht auch die Reichsregierung ihr Ende kommen. Gerade deshalb verfolgt sie ihr oberstes Ziel, die Ermordung aller europäischer Juden, besonders erbarmungslos. Am 1. Oktober sollen die dänischen Juden deportiert werden. Ein deutscher Diplomat verrät den Plan, die Juden können sich mit Hilfe ihrer nichtjüdischen Landsleute ins benachbarte Schweden retten.

Blickt man 55 Jahre zurück, ist man 1948 bereits in der Nachkriegszeit und den ersten kümmerlichen Versuchen der Justiz, mit der NS-Zeit abzurechnen – etwa am 28. Januar 1948, als das Landgericht Frankfurt am Main erste Urteile wegen Euthanasieverbrechen spricht. Ähnlich sieht es 1953, also fünf Jahre später, aus. Und so dauert es seit der Befreiung von der NS-Herrschaft Anfang Mai 1945 länger als ein Dutzend Jahre, ehe 1958 System in die überfälligen NS-Prozesse kommt. Den entscheidenden Anstoß lieferte ein Strafverfahren beim Landgericht Ulm gegen Angehörige einer SS-Einsatzgruppe. Diese Einsatzgruppen hatten nur eine Aufgabe: Hinter der Front Juden, Sinti und Roma und Angehörige der Intelligenz zu ermorden. Das Ausmaß dieses Schreckens hatte zuvor niemand zur Kenntnis genommen. Mit dem Urteil Ende August 1958 änderte sich das. In unmittelbarer Folge gründen die Justizminister und -senatoren der Länder die „Zentrale Stelle“ in Ludwigsburg, die am 1. Dezember 1958 mit ihrer Arbeit beginnt. Ein historisches Datum in der deutschen Justizgeschichte.

Mit der Aufführung des Theaterstücks „Der Stellvertreter“ von Rolf Hochhuth am 20. Februar 1963 beginnt vor 40 Jahren die Diskussion über den Vatikan und den Holocaust. Und im selben Jahr wird das erste Strafverfahren gegen Angehörige der Wachmannschaft von Auschwitz eröffnet – am 20. Dezember 1963.

Heiner Lichtenstein

Aktivitäten

Brauner Kleinkrieg**Neonazistische Aktivisten denunzieren sich gegenseitig.**

Was als Debatte über die Frage begann, wie Neonazis mit einem Kameraden umgehen sollten, der mit dem polizeilichen Staatsschutz plaudert (BnR 24/02), weitet sich aus – und offenbart tiefe Divergenzen auch zwischen solchen Rechtsextremisten, die in der Vergangenheit keine Probleme miteinander hatten.

„Schützt Personen und Arbeitsstrukturen im nationalen Widerstand durch Anonymisierung! Meidet jeden, der sich dieser Selbstverständlichkeit widersetzt!“, heißt es in einem Aufruf, den eine anonyme „Initiative gegen Schwätzer und Selbstdarsteller“ Anfang Dezember veröffentlicht hat. „Anonymität wird im Zusammenhang mit unserem politischen Kampf immer wichtiger“, meinen die Autoren. Dies gelte besonders für den Umgang mit technischen Hilfsmitteln, die vom Staat leicht überwacht werden könnten: Auf Internetseiten, per E-Mail, Rundfax und Telefon werde „eine Flut von Informationen (Klarnamen, Arbeitsstrukturen, Zusammenhänge)“ verbreitet. Und das ohne jede Not und zur Freude der Polizei und politischer Gegner: „Wir liefern Staat und Antifa den Strick, an dem sie uns aufhängen können!“

Zwar taucht sein Name in dem Text nicht auf – angesprochen fühlen durfte sich aber vor allem Christian Worch. Der hatte sich mit einer „Polemik“ in die Diskussion über die Kontakte des Würzburger Neonazis Hartmut Wostupatsch zum polizeilichen Staatsschutz eingeschaltet, die anonym auf der Internetseite „die-kommenden“ in Gang gebracht worden war. Worch hatte in seinem Text – betitelt: „Wider die anonymen Hetzer“ – einen ehemaligen Oldenburger FAP-Aktivisten mit vollem Namen erwähnt, den er für den Administrator der „die-kommenden“-Homepage hält. Und so galt die Warnung der „Initiative gegen Schwätzer und Selbstdarsteller“ auch Worch, dem Eitelkeit und Arroganz nicht fremd sind: „Wer da immer noch ohne jede Not Personen und Arbeitsstrukturen offen legt und/oder nicht bereit ist, sie im ausreichenden Maße zu schützen, der handelt verantwortungslos und macht sich zum Helfer/Helfershelfer von Staat und Antifa!“

Christian Worch ein „Helfer/Helfershelfer von Staat und Antifa“? Klein begeben mochte der Hamburger nicht. Er legte noch einmal nach: „Es ist an der Zeit, ein wenig über diese Leute zu erzählen“, leitete er seinen folgenden Text ein und plauderte über Leute und Gruppen, die den Aufruf für Anonymität in Umlauf gebracht hatten, kräftig drauflos. Darüber zum Beispiel, dass, wann und wo der früher in Hamburg und jetzt in Norderstedt lebende Betreiber des Aktionsbüros Norddeutschland, Tobias Thiessen, Aussagen gegenüber der Polizei gemacht habe, die andere belasteten – während er jetzt fordere, jeden zu „brandmarken“, der „Personen und Strukturen aus dem nationalen Widerstand offen legt“. Oder darüber, dass hinter der hochtrabenden Bezeichnung „Freie Nationalisten aus Hamburg“ gerade einmal eine Hand voll Leute stecken würde. Oder darüber, dass der Ex-„Einblick“-Macher Norman Kempken wohl identisch sei mit einer Gruppierung, die sich Anti-Antifa Nürnberg nenne.

Einer der Worch zur Seite sprang, war Gerd Ittner, 1998 noch DVU-Kandidat und inzwischen bei der Nürnberger Bürgerinitiative Ausländerstopp aktiv. Anonymität, im weiteren Sinne, sei durchaus angebracht bei der Organisation und Vorbereitung bestimmter Aktionen, räumte er ein. Sie ist aber seiner Ansicht nach nicht angebracht, wenn öffentlich Vorwürfe gegen Wostupatsch erhoben werden. Den „Anonymitätsparanoikern“ empfiehlt Ittner, „statt dessen zum Beispiel weiter hochkonspirativ mit Hasskapuzen und USA-Baseballschlägern durch winterliche Wälder zu hüpfen (aber nicht vergessen, dabei die Funktelefone auszuschalten – man könnte euch Wichtige sonst orten)“.

Nicht überall kommen die Ironie Ittners und die Häme Worchs an. Jedenfalls wird die Liste der Unterzeichner des Aufrufs „Anonymität schützt Arbeitsstrukturen und Personen“ länger. Konnte der Text zunächst als Koproduktion einiger weniger Neonazis aus Hamburg und Franken gelten, sind nun das Aktionsbüro Süddeutschland, der „Widerstandwest“, das NIT Rheinland, „freie Kräfte aus dem Hochsauerlandkreis“ und „freie Nationalisten aus Halle-Merseburg“ als Unterstützer hinzugekommen. Drei Neonazis verließen sogar die Anonymität und setzten ihren Namen unter den Aufruf: der von Worch schon erwähnte Norman Kempken, Bernd Stehmann aus Bielefeld und Christian Malcoci, der seit einiger Zeit als Parteisekretär der neonazistischen Nederlandse Volks-Unie (NVU) firmiert.

Tomas Sager

Aktivitäten**Infiltrationsversuche**

Die extreme Rechte erklärt die Anti-Globalisierungsbewegung zum politischen Einflussfeld.

Safet Babic ist ein bekannter Multifunktionär im rechtsextremen Spektrum. Wenn man in der Suchmaschine seinen Namen eingibt, stößt man gleich bei den ersten Eintragungen auf Artikel, die er in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ geschrieben hat. Auf einer „Demonstration des Nationalen Widerstandes“ unter dem Motto „Gegen Überfremdung – Der Westerwald bleibt deutsch“ am 29. September 2001 wurde der im ehemaligen Jugoslawien geborene Babic als „bosnischer Befreiungsnationalist“ auf der Rednerliste aufgeführt. Auch auf Seminaren des Deutschen Kollegs war Babic mit Vorträgen über den Balkan und die Rolle des Befreiungsnationalismus vertreten.

Doch diese Aktivitäten scheinen Babic noch nicht auszulasten. Mitte November machte er abermals bundesweit Schlagzeilen. Damals war bekannt geworden, dass er seit einigen Monaten in dem von Jungsozialisten und grünen Hochschulgruppen besetzten Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) der Trierer Universität mitgearbeitet hat. Dort war der Jurastudent Babic ein sehr emsiger Mitstreiter im Kampf gegen Neoliberalismus und Studiengedöhr. Zusammen mit anderen Studierenden gründete er im Mai 2002 die Aktionsgruppe „Bildung ist keine Ware“, verfasste Flugblätter, redigierte ein AStA-Erstsemesterinfo und trat auch als Redner vor Studierenden auf. Seine politische Erfahrung und sein Engagement hinterließen bei den Mitgliedern anderer Hochschulgruppen einen guten Eindruck.

Die Trierer Juso-Hochschulgruppe warb um ihn und auch vom örtlichen PDS-Funktionär sei er wegen seiner bissigen Stellungnahmen gelobt worden. Das jedenfalls behauptet der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) in einer dreiseitigen Presseinformation stolz, nachdem „Spiegel Online“ und „Frankfurter Rundschau“ den politischen Hintergrund von Babic öffentlich gemacht und die Trierer AStA-Mitglieder in große Erklärungsnöte gestürzt haben. Der NHB behauptet nun, dass sich Safet Babic nicht als U-Boot in den linken AStA eingeschlichen habe, sondern immer deutlich machte, dass er sich als Linksnationalist verstehe.

Seine linken Mitstreiter von ehemals sehen das natürlich ganz anders. Der Öffentlichkeitsreferent des Trierer AStA Kai Osterholthoff schrieb in einer Presseerklärung, dass Babic die nationalistischen Hintergründe seiner Globalisierungs- und EU-Kritik ausgeklammert habe. Sascha Wälz von der Sozialistischen Alternative Trier beschuldigt Babic, gezielt linke Strukturen ausspioniert zu haben. Außerdem beteuern Mitglieder des Trierer AStA, dass sich die Arbeit von Safet Babic auf die Ankündigung von Veranstaltungsterminen beschränkt habe und er keinerlei Einfluss auf inhaltliche Arbeit nehmen konnte. Doch ausgerechnet der NHB bemerkt süffisant: „Die Ereignisse im Fall Babic zeigen einmal mehr, dass die Auseinandersetzung mit den Themen Globalisierung und Imperialismus im vermeintlich 'sozialistischen' Spektrum, in diesem Falle konkret Jusos und PDS, nur sehr oberflächlich stattfindet“.

■ **„Militärischer Globalisierungsimperialismus der USA“** ■

Es ist nicht das erste Mal, dass Rechte sich an Protesten von Globalisierungskritikern beteiligen. Vor wenigen Wochen marschierten bei einer von Attac angemeldeten Demonstration gegen einen drohenden Krieg im Irak eine Gruppe von rund 20 Neonazis mit. Ein Sprecher von Attac-München schrieb in einer Erklärung, das sei nur möglich gewesen, weil sich die teilweise sehr jungen Demonstrationsorganisatoren einschüchtern ließen und überfordert waren. Die Polizei habe angekündigt, die Demonstration aufzulösen, wenn es zu Auseinandersetzungen unter den Teilnehmern kommen sollte. Auch die Mitarbeit von Rechten in linken Asten ist nicht neu. Ende der 80er Jahre wurde bekannt, dass der schon damals bekannte Neonazi Steffen Hupka im Umweltbereich des Asta einer Detmolder Fachhochschule mitarbeitete. Wie seinerzeit die Umweltbewegung, wird jetzt die Antiglobalisierungsbewegung zum politischen Einflussfeld der Rechten erklärt.

Mittlerweile hat der Nationaldemokratische Hochschulbund „12 Thesen zum Globalismus“ veröffentlicht. Darin wird beklagt, dass die Globalisierung „Brauchtum, Traditionen und Werte“ zerstöre, „Migrationsströme“ erzeuge sowie „die Interessen weniger Kapitalbesitzer über die Interessen gewachsener Völker stellt“. Die USA wird dort zum „Hauptträger des militärischen Globalisierungsimperialismus“ erklärt.

Peter Nowak

Aktivitäten**Rühriger Gruftie**

Josef Klumb will seine frühere Band „Weissglut“ wieder beleben.

Man täte Josef Klumb Unrecht, wenn man behauptete, er scheue das Licht der Öffentlichkeit. Im August feierte der rechte Gruftie mit seinen Kumpanen vom einschlägigen VAWS (Verlag und Agentur Werner Symanek) in der Münchner Musikhochschule Leni Riefenstahls Hundertsten. Jetzt will Klumb offenbar das Projekt „Weissglut“ wiederbeleben. So recht klappen will das jedoch nicht. Bei einer VAWS-Party am 14. Dezember in München war die Band in neuer Besetzung als Special-Guest vorgesehen – aufgetreten ist sie nicht.

„Vier Jahre konnte ich im Untergrund Kräfte sammeln, ... jetzt steht meine weiss glühende neue Besetzung an der Startrampe und ich wüßte nicht, wer oder was uns noch aufhalten sollte“, tönte Klumb in der Ankündigung. Der ehemalige „Weissglut“- und jetzige „Von Thronstahl“-Sänger musste „Weissglut“ Anfang 1999 verlassen, als der Plattenfirma Sony nach einem „Spiegel“-Artikel die rechtsextremen Machenschaften Klumbs aufgingen. „Weissglut“ machten ohne ihren Frontmann weiter, bis sie sich im Frühjahr 2002 in „Silber“ umbenannten.

Fest steht jedenfalls, dass Klumb mit seiner großspurigen Ankündigung den Mund reichlich voll genommen hat. „Counterforce“, ein Gast in einem Gothic-Forum, glaubt, dass „es sich um den krampfhaften Versuch handelt, aus dem eh schon umstrittenen Namen nochmals Kapital zu schlagen“. Ursprünglich sollten neben „Weissglut“ bei der VAWS-Gruftiefete „Von Thronstahl“, „Lady Morphia“ und „The Days Of The Trumpet Call“ (TDOTTC) die Bühne erklimmen. Aufgetreten sind vor etwas mehr als hundert Fans schließlich nur „TDOTTC“ sowie ein Von Thronstahl-Nebenprojekt namens „Thronesteel Incorporated“. Die regelmäßig wegen rechter Schlagseite attackierten „Kirlian Camera“ hatten ihren Auftritt im Vorfeld abgeblasen. Die Besucher des konspirativ organisierten Konzerts bat Klumb, verfassungsfeindliche Symbole zu Hause zu lassen. Es empfehle sich, „sowohl die Schwarze Sonne als auch das RUNEN ALPHABET im Heiligtum der inneren Gedanken und Gedenkwelt mit sich zu tragen“, so Klumb in völkisch-triefendem Pathos *Magnus Bosch*

Aktivitäten**Ins Netz gegangen**

Anton Preißinger rechtskräftig verurteilt

Die Stühle waren noch warm, als am 19. Dezember im Anschluss an den Prozesstag der Skinheads Sächsische Schweiz der Fall Adrian Preißinger vor der Staatsschutzkammer in Dresden aufgerufen wurde. Der saß seit Anfang Februar vergangenen Jahres in Untersuchungshaft, nach einer parallel zum Chemnitzer „Sonnentanz“-Verlag von Michael Probst auch in Preißingers „Agentur für Kommunikation“ (AFK) mit Sitz in der Slowakischen Republik erfolgten Durchsuchung (vgl. BnR 4/02). Vor knapp zehn Jahren war Preißinger bereits wegen Volksverhetzung im Zusammenhang mit der Negation der Shoa verurteilt worden. Diesmal wurde ihm dasselbe Delikt in 22 Fällen vorgeworfen, zum Teil im Zusammenhang mit Gewaltdarstellungen oder Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen.

Neben Funny-Sounds & Visions (Andreas Zehnsdorf) in Langenfeld, dem Blood&Honour-nahen Nibelungen-Versand (Jens Hessler) in Lingen und den Chemnitzer Firmen Movement Records (Andreas Graupner) sowie Sonnentanz, war Preißingers wichtigster Kunde die Firma H.A. Records in Langburkersdorf von Mirko Hesse. So lesen sich große Teile der Klageschrift wie eine Kopie der Vorhaltungen gegen Hesse Ende November vor derselben Kammer (BnR 24/02). Wieder finden sich Gruppen wie „Iron Youth“, „Attack“ oder die SSS-nahen „14 Nothelfer“. Auf deren „Einstand“-CD heißt es: „Assi, hau ab/ Assi, renn weg... stinken sie wie das Vieh/ Hass im Gesicht, die Faust geballt/ wie ein Tier, niemals so sein, niemals so werden/ Abschaum, Abschaum, jetzt gehts an“.

Nicht geklärt werden konnte der Einfluss der beiden enttarnten V-Leute Hesse und Toni Stadler auf die Arbeit Preißingers, insbesondere, was die von Hesse initiierte und mit rund 20 Hakenkreuzen gestaltete CD „Noten des Hasses“ der „White Aryan Rebels“ betrifft. Preißinger erhielt eine Haftstrafe von drei Jahren. Im Vorfeld hatte sich das Gericht mit Verteidigung und Staatsanwaltschaft geeinigt, sich für ein umfassendes Geständnis, den Verzicht auf die eingezogenen Gegenstände sowie den Einzug eines hohen Geldbetrags aus den Gewinnen durch den Verkauf von 46 000 CDs, mit einer niedrigeren Strafe zu revanchieren. *Lukas Kilian*

Ausland**„Jüdischer Verrat“**

David Duke hat sich den US-amerikanischen Behörden gestellt.

Der ehemalige Führer der Knights of the Ku Klux Klan und amtierende Vorsitzende der European-American Unity and Rights Organization (kurz: EURO) David Duke kehrte Mitte Dezember in die USA zurück und stellte sich der Justiz. Nachdem sich Duke nun kooperativ mit der Staatsanwaltschaft seines Heimatstaates Louisiana zeigt, drohen ihm 15 Monate Haft und 10 000 Dollar Geldstrafe für die Täuschung seiner Anhänger über den Gebrauch einiger hunderttausend Dollar ihrer Spendengelder und falscher Angaben hinsichtlich seiner Einkünfte gegenüber den Steuerbehörden.

Von 1993 bis 1999 verschickte der ehemalige Abgeordnete des Parlamentes von Louisiana eine Reihe von Spendenaufrufen, in denen er behauptete, dass sein Haus und seine Ersparnisse von einem schwebenden Gerichtsverfahren verzehrt würden. Die Staatsanwaltschaft erklärt, Duke habe die eingehenden Spenden zu privaten Zwecken einbehalten oder sie sogar in Casinos in Las Vegas, Mississippi und auf den Bahamas verspielt. Unklarheiten bestehen auch über den Verkauf einer Adressenliste von Duke-Unterstützern durch Duke an den Gouverneur von Louisiana, Mike Foster, im Jahre 1995 für stattliche 100 000 Dollar.

Die amerikanischen Bundesbehörden IRS (Steuerfahndung) und FBI sowie Ermittlungsbeamte der Postbehörde ermitteln seit 1999 gegen Duke und verhandelten mit dessen Anwalt, während der umtriebige Rechtsextremist sich im Ausland aufhielt, vornehmlich in Russland, in der Ukraine und auf Vortragsreisen. Im Januar 2000 war sein Haus in Mandeville, Louisiana durchsucht worden, nachdem angeblich ein Informant auf die verprassten Spendengelder aufmerksam gemacht hatte.

Unterdessen meldete sich der langjährige Duke-Mitstreiter und Webmaster der „Mutter aller rechtsextremen Webseiten“ Stormfront, Don Black, zu Wort. Black, der Duke seit 30 Jahren kennt und mit diesem im Ku Klux Klan in den 70er Jahren in führender Position aktiv war, saß von 1982 bis 1985 im Gefängnis für den Versuch, mit einer Truppe von Söldnern die Regierung der karibischen Insel

Dominica abzusetzen um einen „arischen Staat“ zu etablieren. In Haft übte Black sich im Umgang mit Computern, was 1995 zur Entstehung des rechtsextremen Webportals „Stormfront“ führte.

In einem in Szenekreisen weit zirkulierten offenen Brief spricht Black in gewohnter Manier von „jüdischen Agenten“ in der Regierung, die seit jeher brutal gegen Duke vorgehen, weil die „zionistischen Verräter“ ihn für den politisch gefährlichsten Vertreter der extremen Rechten in den USA ansehen würden. Den Bundesbehörden sei Dukes politische „Aufklärungsarbeit“ über die „wahren“ Attentäter des 11. September ein Dorn im Auge.

Duke vertritt in seinen zahlreichen öffentlichen Auftritten vehement die These von einer Haupttäterschaft des israelischen Geheimdienstes Mossad an den Anschlägen in New York und Washington. Dazu kommen laut Black Duke's antisemitisches Traktat „My Awakening“ und dessen neuestes Buch „Jewish Supremacism“, in dem Duke nachweisen will, dass Juden die wahren Extremisten und Supremassisten (im Gegensatz zu „white supremacists“) seien. Da Duke anders nicht beizukommen sei, würde nun auf Unregelmäßigkeiten in seinen Steuerzahlungen zurückgegriffen, um seinen Leumund zu schädigen.

Vor dem Hintergrund, dass der größte Teil der amerikanischen extremen Rechten im Begriff ist, sich von Duke abzuwenden, der nicht nur Gelder von Anhängern verprasst hat, sondern auch noch einen Deal mit der verhassten Bundesregierung eingeht, ist Blacks emotionale Verteidigung verständlich. So werde Duke nur verfolgt, weil „er es gewagt habe, gegen den jüdischen Verrat in der amerikanischen Regierung aufzustehen. Er ist wahrlich ein lebender Märtyrer für unsere Sache!“.

Tatsächlich ist die politische Zukunft David Duke's ungewiss. Während er noch vor kurzem umworbener Gast in Bahrain (vgl. BnR 25/25/02) und Ende November sogar Interviewpartner des Senders El Dschasira in Katar war, sieht es nun so aus, als sei Dukes lukrative Vortragsreisetätigkeit erstmal zu einem Ende gekommen. In seiner Online Radioshow brüstete sich Duke noch am 29. November: „Ein Publikum von 70 Millionen sah und hörte, wie ich die jüdisch supremassistischen Verräter in der US-Regierung entlarvte, die Amerika an Israel verkauft haben“. Egal wie das Urteil im März ausfallen wird, Duke wird weiter seine rechtsextreme Propaganda betreiben.

Thomas Grumke

Ausland**Nordische Revolution****Neonazis feiern Wintersonnenwende**

Die dänische Neonazi Organisation DNSB (Danmarks Nasjonal Socialistiske Bevegelse) feierte Mitte Dezember in ihrem Hauptquartier in Greve eine Wintersonnenwendfeier. Unter den Gästen befanden sich unter anderem Vertreter der norwegischen NNSB (Norges Nasjonal Socialistiske Bevegelse) und der schwedischen NSF (National Socialistiske Front). Einem Teilnehmerbericht zufolge verlief das Spektakel harmonisch mit Musik, Festmahl, Lagerfeuer und Gesang. Beklagt worden sein soll in Gesprächen vor allem das schlechte Image, das die Neonazis wegen gewalttätigen Übergriffen haben. Jüngstes Beispiel ist die Ermordung eines Afro-Norwegers durch einen Skinhead. Die Strategie müsse „Qualität vor Quantität“ heißen und notfalls seien gewalttätige Mitglieder aus den jeweiligen Organisationen auszuschließen. Als Vorbilder werden hier interessanterweise die US-amerikanischen Gruppen National Alliance und World Church of the Creator (WCOTC) genannt, die ihrerseits eine Reihe schwer gewalttätiger Anhänger verzeichneten und krampfhaft versuchen, den Eindruck der Gewaltlosigkeit zu wahren.

Wie die WCOTC will die 1983 gegründete DNSB von Jonni Hansen in Zukunft ihr Radioprogramm (Radio Oasen) auch über das Internet verbreiten. Auf einer neu gestalteten dreisprachigen Webseite (dänisch, deutsch, englisch) wird klargestellt: „Es ist unbestreitbar, dass eine nationalsozialistische Revolution in einem kleinen, nordeuropäischen Land nicht stattfinden kann. Deswegen arbeitet die DNSB mit gleichgesinnten Organisationen und Einzelpersonen anderer Länder zusammen...“ Auf der Webseite der DNSB finden sich unter anderem Links zur NPD, zur HNG und dem Deutschen Rechtsbüro. Programmatisch verkündet die DNSB: „Es ist unsere feste Überzeugung, dass allein der Nationalsozialismus unser Dasein ... sichern kann. Falls die weiße Rasse den Nationalsozialismus von der Hand weist, wird unsere Welt unvermeidlich zugrunde gehen. Das wird das logische Urteil der Natur gegen eine Menschheit, die konsequent ihre Gesetze ignoriert hat.“ Abzuwarten bleibt, ob die deutschen Organisationen das Entfernen der Verlinkung durch die Hakenkreuzfahnen schwenkende DNSB verlangen werden. *Thomas Grumke*

Grauzone**Bühne verwehrt****Industrieclub lädt Möllemann wieder aus**

Das politische Comeback des früheren FDP-Spitzenpolitikers Jürgen Möllemann beim feinen Düsseldorfer Industrieclub ist geplatzt. Eine vom national-konservativen Unternehmerkreis „Düsseldorfer Herrenrunde“ geplante Vortragsveranstaltung mit Möllemann am 21. Januar wurde vom Geschäftsführer des Clubs, Bernd Dieckmann, abgelehnt. „Die große Show seiner Rückkehr in die Politik – mit einer solchen Außenwirkung – kann in unseren Räumen nicht stattfinden“, so Dieckmann.

Initiator der zu Beginn der 80er Jahre ins Leben gerufenen „Düsseldorfer Herrenrunde“ ist der 2001 verstorbene Carl Zimmerer. Der „führende Unternehmensmakler Deutschlands“ („Focus“) gehörte einst der Nationalliberalen Aktion des früheren HJ-Führers und späteren FDP-Rechtsaußen Siegfried Zoglmann an. Zur Feder griff Zimmerer für Rechtsaußenblätter wie „Junge Freiheit“, „Criticon“ und „Nation&Europa“. Die Republikaner unterstützte er mit einer Bürgschaft.

In rechtsextremen Kreisen hinreichend bekannt ist der Solinger Bauunternehmer Günther Kissel, der neben Zimmerer die „Düsseldorfer Herrenrunde“ zu einem führenden ideologischen Brückenkopf zwischen rechtskonservativen und extrem rechten Kreisen ausgebaut hat. Kissel (Jg. 1916) wurde im Herbst vorvergangenen Jahres von dem rechtsextremen Verleger Gert Sudholt mit der „Helmut-Sündermann-Medaille“ ausgezeichnet.

Bei der „Düsseldorfer Herrenrunde“ referierten neben rechten Politstars wie Jörg Haider auch bekannte Rechtsextremisten wie Franz Schönhuber (REP) und Adolf von Thadden (NPD). Gern gesehen bei diesen Herrenabenden war der im vergangenen Januar enttarnte Top-V-Mann und frühere NPD-Funktionär Wolfgang Frenz aus Solingen.

Am 17. Januar wird in Berlin die Jahreshauptversammlung der Deutsch-Arabischen Gesellschaft (DAG) stattfinden, Präsident ist Jürgen Möllemann. Auf ihrer Homepage wirbt die DAG für das antizionistische Buch des Gefährten von Alfred Mechttersheimer und „Nation&Europa“-Autors Kenneth Lewan „Die Zweite Intifada“. *Anton Maegerle*

Bücherschau**Düstere Zustände****Heitmeyer-Studie liegt in Buchform vor**

Eine Mehrheit der Befragten stimmt zumindest teilweise den Aussagen zu, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland (55,4 Prozent) und Juden versuchten den Holocaust zu nutzen, um „die Deutschen dafür zahlen zu lassen“ (51,8 Prozent). Insgesamt beziffern die Forscher das rechtspopulistische Potenzial in Deutschland auf knapp 20 Prozent, in den neuen Ländern sogar auf 24,8 Prozent. Daten wie diese machten hellhörig, als das Team um den Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer im November seine bundesweite Repräsentativbefragung vorstellte. Der jetzt erschienene Sammelband „Deutsche Zustände“ legt die Ergebnisse im Einzelnen vor und ergänzt sie im zweiten Teil um Fallbeispiele aus journalistischer Feder. Die Veröffentlichung versteht Heitmeyer als Beginn eines zivilgesellschaftlichen Projekts, das „unabhängig von dramatischen Ereignissen und regelmäßig den 'klimatischen' Zustand dieser Gesellschaft“ (S. 10) dokumentieren soll.

Die Untersuchung geht über eine Bestandsaufnahme fremdenfeindlicher Einstellungen hinaus. Sechs Einstellungsmuster fasst sie zum Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“: Zu ihnen zählen die verwandten Dimensionen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, aber auch Sexismus – im Sinne einer „Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierten Rollenzuweisung an Frauen“ (S. 20) – sowie Heterophobie, die Ablehnung von Gruppen, die von der „Norm“ abweichen, wie Muslime, Homosexuelle und Obdachlose. Mit diesem Konzept erfassen die Autoren das weite Feld feindseliger Einstellungen der Deutschen gegenüber anderen ethnischen Gruppen, aber auch innerhalb der eigenen Gruppe. Differenziert analysiert das Team die Daten nach sieben theoretisch abgeleiteten Gesichtspunkten, die zum Teil an Heitmeyers These anschließen, Desintegrationsprozesse moderner Gesellschaften förderten feindselige Haltungen. Wer materiell, politisch und sozial integriert sei, so das Resümee, weise „keine auffälligen menschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen gegen Fremde“ auf (S. 51). Zu Recht weist die Studie immer wieder auf Ost-West-Unterschiede hin und spricht von einem „gespaltenen“ Gesamtbild

(S. 141): So liegen fremdenfeindliche Einstellungen (46,2 Prozent) in den neuen Ländern deutlich über dem West-Wert von 31,7 Prozent. Die Autoren führen dies auch auf geringere Kontaktmöglichkeiten mit Migrantinnen und Migranten zurück.

Streiten lässt sich über die Formulierung einzelner Fragen. So über die mehrdeutige Frage: Wie stolz sind Sie auf die Demokratie in Deutschland? Es ist zweifelhaft, ob sie den positiven Bezug auf die demokratischen Institutionen zuverlässig misst. Auch die Grenzziehung zwischen „Rechtsextremismus“ und „Rechtspopulismus“ ist fragwürdig. Demnach einen beide Ideologien der Ungleichwertigkeit, die der Extremismus durch Gewaltbilligung oder -bereitschaft „radikalisiert“ (S. 124). Heitmeyer geht seit seinen frühen Untersuchungen davon aus, dass ein positives Verhältnis zur Gewalt zu den Kriterien rechtsextremistischer Orientierungen zähle; ebenso lange ist dies umstritten. Wenn der Front National als Beispiel einer rechtspopulistischen Partei angeführt wird, hieße dies – vermutlich ungewollt –, dass dieser als nicht-extremistisch verharmlöst würde. Bemerkenswert ist, dass sich die deutliche Mehrheit (67,4 Prozent) derjenigen, denen die Forscher rechtspopulistisches Denken bescheinigen, zur politischen Mitte zählt und eine der beiden Volksparteien wählen würden (CDU/CSU: 56,1 Prozent, SPD: 26,8 Prozent).

Der zweite Teil des Bandes schildert „Deutsche Zustände“ jenseits von Umfragedaten und Korrelationskoeffizienten. Beispielhaft gehen die Beiträge auf den Leidensweg des von rechtsextremistischen Skinheads zusammengeschlagenen Italieners Orazio Giamblanco ein (Frank Jansen), auf latent antisemitische Äußerungen im Anschluss an ein Düsseldorf-Festdinner (Ingrid Müller-Münch), die Fälle Möllemann und Walser (Jan Philip Reemtsma) und den Umgang der Deutschen Bahn mit Obdachlosen (Ullrich Fichtner). Im Sinne des zivilgesellschaftlichen Projekts, für das der Band steht, fordert Helmut Willems eine von den Polizeibehörden unabhängige Beobachtungsstelle für Gewalt von rechts. Insgesamt entpuppt sich das auf den ersten Blick geflickschusterte Buch als eine der bemerkenswertesten Publikationen, die in jüngster Zeit zum Themenfeld Rechtsextremismus erschienen sind: gerade weil es empirische Forschung mit persönlichen Beispielen verbindet, theoretisches Raisonement mit Reportagen, die im positivsten Sinne berühren.

Thomas Pfeiffer

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt/M. 2002, (Suhrkamp), 306 Seiten, 11 EUR.

Mehr Mut

Mehr Mut, aus gestern für morgen zu lernen. An die Vergangenheit zu erinnern und zu vermeiden, die begangenen Fehler zu wiederholen. Die Augen zu öffnen, um wiederkehrende Probleme zu erkennen und sich ihnen entgegen zu stellen. Denn jeder ist ein Teil der Geschichte und mit verantwortlich für ihren Verlauf.

Mehr Wissen – besser verstehen

Vergangenheit und Geschehenes beeinflussen uns alle. Man muss sich damit auseinander setzen und Verdrängtes aufarbeiten. Mit mehr Wissen und mehr Mut kann man sich dann gegen Extremismus und Ausgrenzung stellen. Denn die Geschichte hat gezeigt, dass solche Einstellungen zu Krieg, Unterdrückung und Gewalt führen. Deshalb setzen wir uns für Gerechtigkeit und Demokratie ein.

Mehr Auseinandersetzung statt Ausgrenzung

Demokratie bedeutet, Probleme und Konflikte fair und gleichberechtigt anzugehen und zu lösen. Damit wird jedem Recht und Möglichkeit gegeben, sich individuell zu entfalten und zu entwickeln. Wir wollen extremistische Gewalttaten in Deutschland, Verharmlosung von Nazi-Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verachtung von Minderheiten verhindern. Deshalb setzen wir uns gegen Vergessen und für Demokratie ein.

- Wir fördern Initiativen für Demokratie und Toleranz.
- Wir beraten Projekte, Schulen, Gedenkstätten und Ausbildungsträger.
- Wir machen fit im Umgang mit rechten Parolen und Argumenten.
- Wir vermitteln Kontakte zu Netzwerken, Zeitzeugen, Behörden und Politikern.
- Wir informieren über Fördermöglichkeiten.
- Wir bieten Seminare an, zu Themen wie „Gegenwart der Geschichte“, „Schulalltag und Lebenswirklichkeit“, „Rechtsextremismus und Gewalt“ und „Jugendkulturen“.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Vorsitzender: Dr. h.c. Hans Koschnick
Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin
Telefon (030) 26 39 78-3
Telefax (030) 26 39 78-40
www.gegen-vergessen.de
info@gegen-vergessen.de

Sparkasse Bonn BLZ 380 500 00 Konto 855 1707

Hintergrund**Suche nach Investor**

Trotz eines neuen Gutachtens, das die nationale und internationale Bedeutung der Lichtenburg als eines der ersten NS-Konzentrationslager belegt, will der Bund das alte Schloss verschern.

Mehrere Verbände von NS-Verfolgten haben erneut massiv die Pläne des Bundes kritisiert, das Schloss Lichtenburg bei Prettin im Süden Sachsen-Anhalts zu verkaufen. Die Interessengemeinschaft der Verfolgten des Naziregimes (IVVdN) sowie der Lagergemeinschaft Ravensbrück bezeichneten die Pläne als „unethisch“. Der Bund verweist auf Geldmangel und verteidigt die Verkaufspläne damit, dass nur ein privater Investor die dringend notwendigen Sanierungsarbeiten in dem einst von den sächsischen Kurfürsten errichteten Renaissance-Schloss finanzieren könne. Der Erhalt einer Gedenkstätte würde bei einem eventuellen Verkauf der maroden Immobilie grundbuchrechtlich abgesichert, heißt es seitens der Bundesvermögensverwaltung. Unklar ist, wie eine solche Gedenkstätte aussehen und in welchem Bereich der alten Schlossanlage sie überhaupt eingerichtet werden soll.

Entsprechend einschlägiger Beschlüsse des Europarates sowie des Europäischen Parlaments müsste das Schloss in Gänze als Gedenkstätte erhalten bleiben oder allenfalls einer öffentlichen beziehungsweise öffentlich-rechtlichen Nutzung zugeführt werden, die seiner Bedeutung in der Chronik der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gerecht würde. Diese Bedeutung ist erst kürzlich durch ein Gutachten der Expertin Stefanie Endlich im Auftrag des Landkreises Lutherstadt Wittenberg nachgewiesen worden. Denn beim Schloss Lichtenburg handelt es sich um eines der ersten drei Konzentrationslager, die bereits kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 – zunächst als Schutzhaftlager bezeichnet – eingerichtet worden sind. Damit sind auch Einschätzungen der Bundestags-Enquetekommission zur „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“ widerlegt. Diese Kommission kam in ihrem Abschlussbericht zu dem Schluss, dass das Schloss Lichtenburg nicht zu den wichtigsten Gedenkstätten aus der NS-Zeit zählt. Auf diesem Bericht beruhte im Februar 2000 eine Antwort der damaligen Landesregierung auf

eine Kleine Anfrage aus der PDS-Fraktion. Dieser Antwort zufolge ist die Mahn- und Gedenkstätte Schloss Lichtenburg nur von regionaler Bedeutung, was im Umkehrschluss heißt, dass im knallharten öffentlichen Haushaltsrecht diese Gedenkstätte keinerlei einklagbares Recht weder auf Bundes-, noch auf Landesmittel hat. Die Landesmittel, die in der Vergangenheit an den Kreis zur Unterhaltung der Gedenkstätte flossen, galten stets als ausschließlich freiwillige Leistungen.

Stefanie Endlich gebührt das Verdienst, diese sowohl bundes- als auch landesseitig rein pekuniäre Sicht auf das Renaissance-Schloss endgültig ad acta gelegt zu haben. Denn das Schloss Lichtenburg war eines von drei „Gebrauchsmustern“ für sämtliche spätere Konzentrationslager des NS-Regimes. Von 1933 bis 1937 war es zunächst Sammel- und Konzentrationslager insbesondere für politische Häftlinge, so genannte Schutzhäftlinge, aber auch damals bereits für erste verschleppte Juden. In den Häftlingslisten finden sich bekannte Namen. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Friedrich Ebert junior etwa, Sohn des ersten Reichspräsidenten. Auch Wilhelm Leuschner, einst SPD-Abgeordneter des hessischen Landtages, später hessischer Innenminister, gehörte zeitweilig zu den Insassen des KZ auf Schloss Lichtenburg. Leuschner wurde später als Angehöriger des Kreisauer Kreises in der Folge des Attentates auf Adolf Hitler im Juli 1944 hingerichtet. Zu den ersten Insassen des KZ in Prettin gehörte auch Ernst Reuter, bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten Oberbürgermeister von Magdeburg, später Regierender Bürgermeister von West-Berlin. Nach Ansicht verschiedener Historiker saß auch Kurt Schumacher einen Teil seiner langjährigen KZ-Haft auf Schloss Lichtenburg ab, was jedoch umstritten ist. Fest steht hingegen, dass der Schauspieler und Regisseur Wolfgang Langhoff hier inhaftiert war.

■ „Gebrauchsmuster“ für die späteren Konzentrationslager ■

Die Insassen des KZ Schloss Lichtenburg wurden gezwungen, das Konzentrationslager Buchenwald zu errichten und nach dessen Fertigstellung auch unverzüglich dorthin verlegt. Von 1937 an war Schloss Lichtenburg Frauen-KZ. Das erste und einzige vor Kriegsbeginn. Unter anderem waren hier Olga Benario sowie die Tänzerin und Schauspielerin Lotti Huber inhaftiert, letztere, nachdem man sie wegen „Rassenschande“ denunziert hatte.

1939 wurden die inhaftierten Frauen verlegt, ihr Weg führte ins Konzentrationslager Ravensbrück, wo die meisten von ihnen das Leben verloren.

In Sachsen-Anhalt, aber auch auf Bundesebene, gibt es seit rund zwei Jahren massiven Streit darüber, wie der unheilvollen Geschichte des Schlosses gedacht werden könne. Der Bund als Eigentümer des kurfürstlich-sächsischen Schlosses sucht Hände ringend nach einem Investor für das Gemäuer, weil er sich die Sanierung nicht leisten möchte.

Nach Ansicht der Föderation Internationale des Résistants (FIR) in Wien, der insgesamt 76 nationale Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus aus 23 Ländern Europas und Israels angehören, muss das Schloss in seiner Gänze als Gedenkstätte erhalten bleiben. „Wir können uns nicht vorstellen, dass eine von Ihnen geführte Regierung einem solchen sowohl den ethischen Grundsätzen als auch der Resolution des Europäischen Parlaments ‘Zum europäischen und internationalen Schutz der Gelände der nazistischen Konzentrationslager als historische Gedenkstätten’ vom 12. Februar 1993 widersprechenden Akt zulassen würden“, schrieben die ehemaligen Widerständler und Naziopfer in nahezu gleich lautenden Schreiben an Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU). Beide sollten, so die FIR, ihren politischen Einfluss und ihr moralisches Gewicht dafür einsetzen, dass weder das Schloss verkauft noch die Gedenkstätte vom Schlossgelände ausgelagert werde. „Das sind wir den Menschen, die vom NS-Terrorregime verfolgt und ermordet wurden ‘darunter auch viele Angehörige der deutschen Sozialdemokratie’ schuldig“, heißt es in den Briefen an Schröder und Böhmer.

Offenbar aber meint Klaus Jeziorsky, CDU-Innenminister von Sachsen-Anhalt, das Gutachten Stefanie Endlich, das die Bedeutung des Schlosses als Gedenkstätte der KZ-Geschichte erst nachgewiesen hat, entsprechend dem öffentlichen Kassenstand umdeuten zu können. Jedenfalls glaubt Josef Gerats, Vorsitzender des IVVdN in Sachsen-Anhalt, ihm Falschaussagen in einer Landtagsdebatte über Schloss Lichtenburg nachweisen zu können. So favorisierte der Minister „unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das Endlich-Gutachten“ die Einrichtung einer Gedenkstätte im so genannten Werkstattgebäude außerhalb der eigentlichen Schlossanlage, allerdings mit Sicht auf die Schlossrückseite und den Zellentrakt. Jeziorsky behauptete, dass

diese Lösung einer neuen Gedenkstätte den Vorschlägen Endlich am nächsten kämen. Die allerdings hatte von vier möglichen Lösungen einer Gedenkstätte unter Berücksichtigung des Verkaufs des Schlosses eine andere Variante favorisiert, nämlich in der alten Schlosskirche unter Einbeziehung zumindest eines Stockwerkes eines Schlossflügels.

■ „Exemplarisch für die Etappen der Verfolgung im NS-Staat“ ■

Was auch immer Bund und Land künftig mit Schloss Lichtenburg vorhaben, widerspricht in sich dem Gutachten von Stefanie Endlich und damit auch den Prämissen von EU-Parlament und Europarat. Einige Sätze des Gutachtens mögen für sich sprechen. „In der Frühphase des NS-Staates war die Lichtenburg das zentrale Konzentrationslager in Mitteldeutschland. Neben dem KZ Dachau, das vom Anfang bis zum Ende der NS-Herrschaft bestand, war das KZ Lichtenburg das einzige Lager, das während der gesamten Periode von 1933 bis zum Kriegsbeginn 1939 existierte. (...) Die Entwicklung des KZ Lichtenburg spiegelt exemplarisch die verschiedenen Etappen der frühen und mittleren KZ-Entwicklung des NS-Staates, insbesondere die Übertragung der Machtbefugnisse über die Lager von den zivilen Behörden auf die SS (...) Das KZ Lichtenburg wirft die Frage nach der gewaltsamen Zerstörung der Weimarer Republik auf. Deren politische und kulturelle Vertreter aus den verschiedenen politischen Strömungen stellten in den ersten Jahren den Großteil der Häftlinge. Das wechselvolle Bild der Häftlingsgruppen im KZ Lichtenburg steht exemplarisch für die Etappen und die veränderten Schwerpunktsetzungen der Verfolgung im NS-Staat von 1933 bis 1939. Diese konzentrierte sich zunächst auf die politischen Gegner und weitete sich dann auf andere Gruppen aus, die aus der ‘nationalsozialistischen Volksgemeinschaft’ ausgegrenzt wurden. In der Lichtenburg wird exemplarisch deutlich, wie bereits beim frühen NS-Terror gegen politische Gegner antisemitische und rassistische Aspekte zum Tragen kamen, die auf die von den Nationalsozialisten geplante ‘Lösung der Judenfrage’ und auf den späteren Völkermord hinweisen.“

Soweit die Gutachterin Stefanie Endlich. Dass der Bund in Kenntnis dieses Gutachtens nicht von einem geplanten Verkauf des Schlosses Lichtenburg abrücken möchte – darauf mag sich jeder seinen eigenen Reim machen. *Eberhard Löblich*

Demokratische Initiativen**Eine positive Bilanz****Von Nestbeschmutzern zu Partnern**

Rund 100 Mitarbeiter von Mobilien Beratungsteams (MoBIT) haben sich im Dezember in Berlin zu einer Konferenz mit dem Titel „Praxis und Perspektiven zivilgesellschaftlicher Arbeit gegen Rechts-extremismus“ getroffen, um eine erste Bilanz zu ziehen. Dabei ging es auch die Zukunft ihrer Tätigkeit und den Austausch mit wissenschaftlichen Experten und Ansprechpartnern in der Politik.

Die ersten Mobilien Beratungsteams waren 1998 und 1999 mit Landesmitteln in Brandenburg und Sachsen-Anhalt entstanden. Im Herbst 2001 wurden im Rahmen des Bundesprogramms „Civitas“ auch in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen die MoBITS gegründet.

Die Bilanz fiel insgesamt positiv aus. Beate Klose vom Zentrum für Demokratische Kultur beschrieb, wie durch Unterstützung von nichtrechten Initiativen im Berliner Stadtbezirk Treptow-Köpenick der gezielten Unterwanderung von Jugendeinrichtungen durch geschulte Neonazikader Einhalt geboten werden konnte. Grith Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen erwähnte die Initiative „Pro-Zivilcourage“ in Aue. Gesellschaftliche Kräfte setzten sich in den sächsischen Ort zusammen und verhinderten so, dass sich die Neonazis dort weiter ausbreiten konnten. Solche Erfolge sind nur möglich, wenn die Arbeit vor Ort breit unterstützt wird. Doch da gibt es mancherorts Schwierigkeiten. Dominik John von der Opferperspektive berichtete über den Bürgermeister einer Kleinstadt in Brandenburg, der nach einem Überfall auf einen Flüchtling erklärte, dass das Opfer auch Schuld trage, wenn es nachts noch auf der Straße ist. Thomas Heppener von der „AG Netzwerke gegen Rechts-extremismus“ sieht darin Anfangsschwierigkeiten. „Aus Initiativen, die noch vor wenigen Jahren als Nestbeschmutzer galten, wurden Partner von Stadtverwaltungen und Kommunen. Das setzt ein Umdenken auch auf der politischen Ebene voraus.“ Olaf Obst vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt auf Kontinuität. „Nicht die Errichtung von zivilgesellschaftlichen Leuchttürmen, sondern die regionale Verankerung wird für den langfristigen Erfolg der Arbeit entscheidend sein“, betonte er. *Peter Nowak*

Demokratische Initiativen**Ehrung für Elser**

Großer Erfolg für die Georg-Elser-Initiative Bremen (GEIB): Das Bundesfinanzministerium will eine Sonderbriefmarke zu Ehren dieses relativ unbekannt gebliebenen Hitler-Attentäters herausbringen. Georg Elser hatte am 8. November 1939 – völlig allein auf sich gestellt – einen Sprengsatz in einer Säule des Münchner Bürgerbräukellers eingebaut und gezündet. Um 13 Minuten verfehlte der Anschlag sein Ziel: Adolf Hitler. Am gleichen Abend wurde Georg Elser verhaftet und nach fünfjähriger Einzelhaft noch am 9. April 1945 im Konzentrationslager Dachau ermordet. Die Nazis hatten ihn ursprünglich für einen Schau-Prozess nach Kriegsende „aufbewahrt“.

GEIB-Vorsitzender Bernd M. Krause und seine Mitstreiter hatten für hunderte Postkarten aus ganz Deutschland gesorgt: Auf ihnen wurde die Behörde von Hans Eichel zum Handeln aufgefordert. Die bundesweite Aktion war unter anderem von der bremischen Landeszentrale für politische Bildung unterstützt worden. Am 16. Januar kommt die Elser-Briefmarke jetzt auf den Markt. Am gleichen Tag wird ein Verbindungsweg im Bremer Stadtteil Vahr nach Elser benannt. Zudem startet am 13. Januar in Bremen eine „Elser-Woche“. *Thomas Klaus*

GEIB, Kontakt-Telefonnummer: 0421/54 52 86.

Hinweis

Wuppertal – Zwei israelisch-deutsche Videodokumentationen von Jugendlichen „In or Between 1+2“ sind beim „Medienprojekt Wuppertal“ erhältlich. Die Filme sind eine Brücke der Verständigung zwischen den verschiedenen Kulturen, die Protagonisten beschreiben Innenansichten ihrer persönlichen Erlebniswelten und reflektieren aus junger Sichtweise vor allem auch Perspektiven ihrer Gesellschaft. Produziert wurden „In or Between 1+2“ von Jugendlichen aus Israel (je zwei jüdischen und palästinensischen) und Gleichaltrigen aus Deutschland (je zwei deutschen und Migranten) unter der Anleitung von professionellen Filmemachern von Oktober 2001 bis April 2002. Die mit dem Friedenspreis des Osnabrücker Filmfestes ausgezeichneten Filme eignen sich besonders für die Arbeit mit Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft. *G.K.*
Medienprojekt Wuppertal e.V., Hofaue 55, 52103 Wuppertal, Fax: 0202 / 4468691; borderline@wuppertal.de

Demokratische Initiativen**Terror und Kunst****Die 18. „Dachauer Hefte“ liegen jetzt vor.**

Als vor rund 20 Jahren eine Frau und ein Mann begannen, eine neue Zeitschrift zu planen, war das ziemlich riskant, zumal es sich um ein Blatt über die NS-Zeit und deren Folgen handelte. Nun liegt das 18. Heft vor und es scheint den Herausgebern nicht an Ideen für weitere Jahre zu fehlen. Barbara Distel leitet seit vielen Jahren die Gedenkstätte Dachau, Wolfgang Benz seit 1990 das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU in Berlin. Die Hefte erscheinen jeweils im Dezember und haben jedes Mal ein bestimmtes Thema. Dieses Mal werden unter dem Titel „Terror und Kunst“ Beispiele für künstlerisches Schaffen in Lagern vorgestellt.

Das Thema ist nicht neu. Schon 1945 gab es in Warschau die erste Ausstellung samt Katalog über Kunst in Auschwitz. Heute dürfte Ähnliches über jedes Lager vorliegen. Die Leiterin der Abteilung „Kunst“ im staatlichen Museum Auschwitz, Irena Szymanska, berichtet nun darüber, wie vielfältig die Kunst aus Auschwitz war. Mal heimlich als Überlebenshilfe, mal als Auftrag der SS-Leute für ihre Familie oder als Wandmalerei für eine Baracke – es gab praktisch keine Grenzen. Albrecht Dümmling, Musikkritiker in Berlin, stellt Herbert Zipper vor, den Komponisten des „Dachau-Liedes“, dessen Text und Noten Teile des Berichts sind. Zipper stammte aus einer begüterten jüdischen Familie in Wien. Schon als junger Mann machte der Musiker und Dirigent Karriere, wurde Kapellmeister in Ingolstadt und Düsseldorf. Unmittelbar nach dem Einmarsch in Österreich im März 1938 wurde Zipper verhaftet und nach Dachau verschleppt.

Ungewöhnlich umfangreich ist der Beitrag von Inge Jaehner über Felix Nussbaum, 1904 in Osnabrück geboren, der kurz vor der Befreiung nach Auschwitz verschleppt und ermordet wurde. Viele kennen das Selbstportrait des Künstlers mit dem Judenstein am Mantel und dem eigenen Ausweis in der Linken. Das und viele andere seiner Bilder sind im Felix-Nussbaum-Haus in Osnabrück versammelt, das Inge Jaehner leitet. Sie verbindet in dem Beitrag geschickt die Biografie des Künstlers mit seiner Kunst. Ein Besuch des Museums sei empfohlen ebenso wie das Abonnement der Hefte. Anschrift: Alte Römerstraße 75, 85221 Dachau. H.L.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg. Nr. 48-51/2002:**

Die Bundesregierung wird kräftig gescholten: Für Heinrich Lummer, Ehrenpräsident der rechtsextremen Deutschen Konservativen, ist „Wählerbeschimpfung angesagt. Wie kann man so eine Regierung ein zweites Mal wählen?“, fragt er und warnt vor der „Zerstörung des Staates durch eine multikulturelle Struktur“. Als „Wählerbetrug“ bewertet der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl das rot-grüne Zuwanderungsgesetz. Für Doris Neujahr enthüllt sich, „dass die nationalen Negationisten der Schröder-Generation weder über tragfähige Konzepte noch über einen eigenen Stil staatlicher Repräsentation“ verfügten. Sie (die „Generation Schröder“) betrachte den Staat als Apparat, „den man benutzt, um die ‘Gesellschaft’ nach dem eigenen Bild zu formen“, mokiert sich Neujahr. Dieter Stein ruft das „bürgerliche Deutschland“ zum Kampf für eine politische und gesellschaftliche Wende auf, die nicht zum Nulltarif zu haben sei. Karlheinz Weißmann attestiert ein „wachsendes Unbehagen an den Verhältnissen“ und einen „Dissens innerhalb der herrschenden Klasse“, woraus sich „überraschende Handlungsmöglichkeiten ergeben könnten“. Hans-Helmuth Knütter kritisiert die „Bürgerlichen“, die „feige und auslandshörig“ bei Rot-Grün mitliefen und die links-extreme Gefahr bagatellisierten. Mit öffentlichen Geldern in Millionenhöhe würde Rot-Grün die Bevölkerung verhetzen. Widerstand sei nötig und lohne sich, meint der professorale Stratege. Ein „Buchhalter des Bankrotts rot-grüner Tagträume“ ist für Doris Neujahr der Bielefelder Rechtsextremismusforscher Wilhelm Heitmeyer. Ideologen und „Betonköpfe“ wie Heitmeyer würden in Wahrheit die „Demokratisierungsdebatte“ blockieren. Ohnehin kämen die „interessanten Impulse von den Rändern des Betriebs, nicht aus der Mitte“, glaubt sie. Mit seinem Buch über den Bombenkrieg habe der Historiker Jörg Friedrich „eine Tür ins Freie geöffnet“, stellt Neujahr fest. Der Geschichtsrevisionist Alfred Schickel gräbt ein angebliches Dokument aus, das die beabsichtigte Zerstückelung Deutschlands mittels des Morgenthau-Plans bereits auf das Jahr 1919 datiert. Urheber sei danach Henry Morgenthau senior, wobei dessen Sohn später zum „politischen Vollstrecker seines Vaters“ werden wollte. Schickel sieht hier eine Parallele zu den beiden US-Präsidenten Bush und der Irak-Politik. (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Bühl** – Der Gesprächskreis Mittelbaden führte eine Veranstaltung mit dem Publizisten Klaus Rainer Röhl, Referent in ultrarechten Kreisen (Cannstatter Kreis, Kölner Burschenschaft Germania) durch. Vorgestellt wurde von Röhl, Autor im Leopold-Stocker-Verlag und der „Deutschen Militärzeitschrift“, sein neues Buch „Verbotene Trauer“. Röhl beklagt, dass es in der Bundesrepublik bislang nicht opportun gewesen sei, „der deutschen Opfer des 2. Weltkrieges zu gedenken.“ Referent beim Gesprächskreis Mittelbaden war unter anderem auch der umtriebige Rechtsextremist Alfred Mechtersheimer. Über die Veranstaltung mit Röhl berichtet Erich Lienhart (Bühl), Gründungsmitglied des ultrarechten „Freundeskreises für europäische Jugendarbeit“, in der Januar-Ausgabe von „Nation&Europa“. In den 70er Jahren war Lienhart Führungskader des Bund Heimattreuer Jugend (BHJ).

■ **Dortmund** – Der Dortmunder Neonazi und ehemalige Funktionär der verbotenen FAP Siegfried Borchardt (42) hat am 10. Januar Berufungsverhandlung vor dem Dortmunder Landgericht. Erstinstanzlich hatte ihn das lokale Amtsgericht im März des vergangenen Jahres wegen gefährlicher Körperverletzung an einem Gesinnungsfreund zu einer Haftstrafe von neun Monaten ohne Bewährung verurteilt (vgl. BnR 8/02). Ein weiteres Verfahren ist aktuell beim Amtsgericht Dortmund anhängig. Am Rande einer Demonstration in der Dortmunder Innenstadt soll Borchardt Ärger mit der Polizei gehabt haben.

■ **Dresden** – Der Dresdner Neonazi Eric Kaden plant eine Biographie über den „Dichter und Soldaten“ Kurt Eggers. Kaden, einst im Umfeld der Nationalistischen Front und der Wiking-Jugend aktiv, ist Führungskader des ewig gestrigen „Freundeskreises Ulrich von Hutten“. Eggers war Kommandant der 5. SS-Panzer-Division „Wiking“ und wird als Dichter von völkisch-rassistischen Versen und Gedichten in rechtsextremen Kreisen verehrt. Hilfe bei seiner Eggers-Recherche erhofft sich Kaden unter anderem von der Leserschaft der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige“.

■ **Hamburg** – Der rechtsextreme Verein Die Deutschen Konservativen unter Führung von Joachim Siegerist hat eine Kampagne unter dem Namen

„Deutschland-Magazin und Deutschland-Stiftung müssen am Leben bleiben – Dafür kämpfen wir gemeinsam“ ins Leben gerufen. Führende Köpfe der Initiative sind Heinrich Lummer, Günther Ossmann (Gründungsmitglied der Deutschland-Stiftung), Elisabeth Hager (Geschäftsführerin Deutschland-Stiftung), Joachim Siegerist, Konsul Peter Merck (Vorstandsmitglied Deutschland-Stiftung) und Casimir Prinz Wittgenstein. Das „Deutschland-Magazin“ erschien bislang regelmäßig monatlich von Mai 1969 bis August 2002. Eine Notausgabe kam zu Weihnachten 2002 heraus.

■ **Heidelberg** – Der ehemalige Bundesschatzmeister und stellvertretende Vorsitzende der verbotenen Neonazi-Organisation Nationalistische Front Helmut Braun (46) hat jüngst ein „Kurpfälzer Komitee für den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland“ (KKATD) gegründet. Derzeit sammelt die KKATD Unterschriften unter dem Motto „Kein Ackerland für US-Imperialisten!“, denn die „amerikanischen Truppen in Heidelberg wollen ihre Siedlungen in Heidelberg zusammenlegen. Dafür fordern sie von der Stadt Heidelberg 385 Hektar Land. Dies würde zum Verlust von etlichen bäuerlichen Höfen in Heidelberg führen. Weiterhin würde eine der noch vorhandenen großen Grünflächen in Heidelberg wegfallen!“

■ **Karlsruhe** – Die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ ist strafbar. Dies hat erstmals ein Oberlandesgericht entschieden. Die von Neonazis gern skandierende Parole sei der HJ-Parole „Blut und Ehre“ zum Verwechseln ähnlich, entschied das OLG Karlsruhe. Beide Sprüche würden „Symbolgehalte“ vermitteln, „denen in der NS-Zeit erhebliche Bedeutung zugekommen ist“. In der Vergangenheit hatten Gerichte die Eröffnung von Verfahren unter anderem gegen Christian Worch, Horst Mahler und Steffen Hupka abgelehnt, weil sie die Parole für nicht strafbar hielten. Einige Tage nach der Karlsruher Entscheidung verurteilte das Landgericht im thüringischen Mühlhausen einen 20-Jährigen aus Gotha, der bei einer Demonstration im Oktober 2001 in Eisenach die Parole gerufen haben soll, zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und zu einer Geldauflage von 800 Euro.

■ **Kirchheim** – Neuer Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten ist Stefan Rochow. Er wurde auf dem JN-Bundeskongress im hessischen Kirchheim in das Amt gewählt (zuvor: Sascha Roßmüller). Der 25-jährige Rochow war von 1995 bis 1997 Landesvorsitzender der Jungen Lands-

mannschaft Ostpreußen (JLO) in Mecklenburg-Vorpommern, von 1997 bis 2001 amtierte er als JLO-Bundesvize. Rochow ist ebenso Pressesprecher und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Hessen. Anwesend beim JN-Bundeskongress war auch Judith Wolter, Vorsitzende der rechtsextremen Bürgerbewegung pro Köln, die ein Grußwort an die Delegierten richtete. Zum JN-Bundesvize und Bundesschatzmeister wurde Matthias Brodbeck aus Baden-Württemberg gewählt. Bundesgeschäftsführer und Bundesvize wurde Alexander Delle aus Sachsen. Weiter gehören dem neuen JN-Bundesvorstand an: Sebastian Behrends (Rheinland-Pfalz), Thorsten Crämer (NRW), Marco Fäßler (Baden-Württemberg), Jan Gallasch (Berlin-Brandenburg), Alexander Neidlein (Sachsen), Jens Pakleppa (Berlin-Brandenburg), Nico Wedding und Oliver Westermeyer aus Nordrhein-Westfalen.

■ **Mannheim** – NS-Devotionalien der besonderen Art bietet Herbert Hegewald (Mannheim) per Anzeige im NPD-Bundesorgan „Deutsche Stimme“ an. Schmankerl im Angebot ist der „Reichskanzlerkopf Adolf Hitler“ für 8000 Euro. Weiter werden unter anderem das „Ehrenbuch des Führers“ und eine Lebensrunne mit Sonnenrad angeboten. Hegewald vertreibt seit Jahren auch Schmalfilme auf Video wie die „Trauerfeier für Großadmiral Dönitz“. Angaben der DVU zufolge machte Hegewald in den 70er Jahren als V-Mann bei der Wehrsportgruppe Hoffmann mit.

■ **München** – Am Samstag, den 11. Januar findet um 12.00 Uhr in der Gaststätte Mathäuser am Hasenberg in München eine Veranstaltung mit dem DVU-Bundesvorsitzenden und Herausgeber der „National-Zeitung“, Gerhard Frey, statt. Frey spricht zum Thema „Wo liegt Deutschlands Zukunft?“. Neben Frey werden referieren: der DVU-Pressesprecher Bernd Dröse („Antideutsche Fälschungen in Geschichte und Gegenwart“), der „National-Zeitung“-Redakteur Sven Eggers („Tabu-Brüche: Notwendig oder gefährlich?“), der DVU-Fraktionsvorsitzende in Bremerhaven und Bremer Landtagsabgeordnete Siegfried Tittmann („16 Jahre DVU im Bremerhavener Parlament“) und Liane Hesselbarth („Die erfolgreiche Arbeit der DVU-Fraktion im Landtag von Brandenburg“).

■ **München/Düsseldorf** – Ralf Ollert wurde beim NPD-Landesparteitag Bayern erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Ihm zur Seite stehen Sascha Roßmüller, Franz Salzberger, Axel Michaelis, Alexander Feyen, Bettina Roßmüller, Gerhard Klenhart,

Richard Vahlberg, Gisela Böhmer, Christian Barth, Per Lennart Aae, Günter Kursawe, Philipp Kraus, Michael Geißler und Jens Hillebrand. Dem bayerischen NPD-Landesvorstand gehören ferner an: Alexander Opel, Wolfram Hutflötz und Stephan Göbcke-Teichert (JN-Landesvorsitzender). Neuer Landesvorsitzender der NPD in Nordrhein-Westfalen ist Stephan Haase (Lüdenscheid). Weiter Landesvorstandsmitglieder sind: Timo Pradel, Wolfgang Henning, Bruno Kirchner, Horst Rosenow, Detlev Hebel, Erwin Kemna, Stefan Lux, Manfred Gutsche, Bernd Kremer, Thorsten Bagehorn, Claus Cremer, Willibert Kunkel, Nico Wedding und Axel Hellmann.

■ **Nürnberg** – Gerd Ittner (NPD-Mitglied) von der Bürgerinitiative Ausländerstopp hat sich mit der Nürnberger NPD überworfen, nachdem er öffentlich dem bayrischen NPD-Landesvorsitzenden und Nürnberger Stadtrat Ralf Ollert Homosexualität unterstellt hatte. Ollert, so Ittner, habe vor Jahren zu einem NPD-Anhänger in Nürnberg, der heute als antifaschistischer Journalist arbeite, eine „homosexuelle Beziehung“ unterhalten. Deshalb sei Ollert durch den „BRD-Verfassungsschutz“ erpressbar, damit „eine Gefahr für uns alle, für letztendlich jeden Aktivisten; er ist eine tickende Zeitbombe des Verrats.“ Im Zuge seines Streites mit Gleichgesinnten hat Ittner Matthias Fischer als Kopf der Neonazi-Truppe „Fränkische Aktionsfront“ (F.A.F.) geoutet. Fischer ist Mitglied der Neonazi-Knastorganisation HNG.

■ **Rinteln** – Im Rahmen einer bundesweiten Fahndung wurde der Anführer der Kameradschaft Weserbergland, Marcus Winter (Bnr 11/02), bei seiner Freundin in Rinteln verhaftet. Winter, Leserbriefschreiber in den „Nachrichten“ der Neonazi-Knastorganisation HNG, war zusammen mit Sandy Ossenkop, zuletzt NPD-Kreisvorsitzender von Schaumburg/Hannover-Land, Anfang Mai 2002 untergetaucht. Beide sind einschlägig wegen Körperverletzung vorbestraft und verbüßen Bewährungsstrafen. Nachdem sie im April 2002 einen Schüler misshandelt hatten, wurde gegen beide Haftbefehl erlassen. Ossenkop ist weiterhin auf der Flucht.

■ **Stuttgart** – In Stuttgart wurde ein „Kreis Christlicher Patrioten – Gesellschaft für religiöse und politische Bildung“ (KCP) gegründet. Vorsitzender ist der 21-jährige Theologiestudent Marius Frosch aus Böblingen. Frosch, nach Eigenbekunden langjähriger Leser der „Jungen Freiheit“, ist baden-württembergischer Landesgeschäftsführer der Christli-

chen Mitte und war bis Ende 2000 Funktionär der Republikaner. In Insiderkreisen gilt der „Kreis Christlicher Patrioten“ quasi als Nachfolgeorganisation des Pleite gewirtschafteten „Cannstatter Kreises“.

■ **Stuttgart** – Zersetzungerscheinungen zeigt der baden-württembergische Landesverband der Republikaner. Mehrere ehemalige REP-Funktionäre sind zur Deutschen Partei (DP) unter Führung von Heiner Kappel übergelaufen. Kommissarische Landesbeauftragte der DP in Baden-Württemberg sind Bernd Zehm, vormals REP-Landtagskandidat und Jutta Retz, vormals stellvertretende Schatzmeisterin des Republikanischen Bundes der Frauen (RBF). Mitglied der DP wurde auch der Ex-REP-Landtagsabgeordnete Lothar König.

■ **Würzburg** – Das Deutsche Kolleg (DK) unter der Führung von Horst Mahler, Uwe Meenen (Würzburg) und Reinhold Oberlercher hat im Dezember 2002 ein widerwärtiges Statement mit dem Titel „Menschenfresser in Pisa-Land“ veröffentlicht. „Neger“ werden als „fressbare Objekte“ bezeichnet, bei denen in ihrer „Geistesgestalt noch 'nichts an das Menschliche Anklingende zu finden' sei.“ Das Abschneiden Deutschlands bei der Pisa-Studie wertet das DK als Folge der „Gegen-Kolonisierung Europas durch Neger“, die die „germanische Prägung europäischer Kultur“ zerstörten. Weiter heißt es: „Die angekündigte Pisa-Studie unter Lehrern wird ähnlich schlechte Ergebnisse zeitigen (...) die Masse des ungeeigneten fremdvölkischen Schüler-Materials, das den Lehrern aufgezwungen ist, macht sie notwendigerweise zu Stümpfern. Selbst mit größter pädagogischer Kunstfertigkeit könnte solch kulturfernes Menschen-Material nicht zu Qualitätsprodukten verarbeitet werden.“ Das Führungstrio des DK wird seit kurzer Zeit durch den gescheiterten NPD-Kader Frank Kerkhoff (Vormals KBW sowie PDS) ergänzt.

Ausland

■ **Estland (Tallin)** – Der Schweizer Justizflüchtling Jürgen Graf referierte in Tallin vor rund 350 Personen zum Themenkomplex Holocaust. Graf betonte, dass das Vernichtungslager Treblinka kein Todeslager („death camp“) war. Vorgestellt wurde auch sein in estnischer Sprache verlegtes Machwerk „The Holocaust under a Magnifying Glass“. Anwesend beim Graf-Auftritt am 30. November war neben Skinheads auch Kajdo Nymmik, Anführer der Estnischen Unabhängigkeitspartei. Graf ist verant-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 01/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

wortlich für die Fremdsprachenredaktion der „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“, dem zentralen Sprachrohr deutschsprachiger Holocaust-Leugner.

■ **Polen (Warschau)** – Die polnische Zeitschrift „Wprost“ warnt vor der rechtsextremen Partei Polnische Demokratische Richtung (SD), einer neuen politischen Bewegung, in der sich ehemalige Kommunisten, Klerikalfaschisten und ultrarechte Oppositionelle vereinigen. Beliebtes Thema der Partei ist der Kampf gegen Juden und Freimaurer. Auf Veranstaltungen der SD wird auch geleugnet, dass Auschwitz ein Vernichtungslager war.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bvr.de
Internet: <http://www.bvr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.